

Pressemappe

Pressekonferenz

Freitag, 26. Januar 2001, 10.30 Uhr
Bundeshaus, Zimmer 86, Bern

Ärmer werden, Freiheit verlieren? Nein zur EU-Beitrittsinitiative!

Programm

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|
| 1. „Ärmer werden, Freiheit verlieren –
Nein zur EU-Beitrittsinitiative“ | <i>NR Dr. Christoph Blocher
Präsident der AUNS</i> |
| 2. Beitritt zur "osterweiterten und
reformierten" EU: Vom Regen in die Traufe | <i>NR Hans Fehr
Geschäftsführer der AUNS</i> |
| 3. Die Abstimmungskampagne der AUNS | <i>Werner Gartenmann
Geschäftsführer Stv. AUNS</i> |
| 4. Beantwortung von Fragen | |

Auns-Pressekonferenz, 26.1.2001

Kurzfassung für die Medien

AUNS: Nein zur EU-Beitrittsinitiative, ja zu einer freien, prosperierenden Schweiz!

Ein EU-Beitritt würde die Schweizerinnen und Schweizer ärmer machen, und sie würden an Freiheit verlieren. Darum ist die EU-Beitrittsinitiative „Ja zu Europa“, welche „ohne Verzug“ Beitrittsverhandlungen mit der EU – das heisst im Klartext: den EU-Beitritt – verlangt, abzulehnen.

An einer Pressekonferenz am Freitag in Bern brachten AUNS-Präsident Christoph Blocher, AUNS-Geschäftsführer Hans Fehr, sowie sein Stellvertreter Werner Gartenmann die Kernfrage, welche bei der Abstimmung am 4. März zu beantworten ist, auf den folgenden Nenner: Wollen wir unsere Freiheit, die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie die immerwährende, bewaffnete Neutralität und den Wohlstand weitgehend verlieren – und dafür auch noch Milliarden bezahlen?

EU-Beitritt hiesse: Ärmer werden, Freiheit verlieren

Nationalrat Dr. Christoph Blocher betonte, wer unverzüglich Beitrittsverhandlungen verlange, der wolle in die EU. Deshalb gehe es am 4. März nicht um Verhandlungen, sondern klipp und klar um den EU-Beitritt der Schweiz.

Ein Beitritt zur Grosskonstruktion und zur von Brüssel anvisierten „Grossmacht EU“ widerspreche dem freiheitlichen, direktdemokratischen, föderalistischen Wesen des neutralen Kleinstaates Schweiz zutiefst. „Wer sich einer solchen Grossmacht anschliesst, gibt die Schweiz auf“, stellte Blocher fest.

Einerseits würde die Schweiz massiv an Freiheit verlieren: Entgegen den angeblichen Mitentscheidungsrechten würden in Brüssel immer mehr nationale Bereiche „vergemeinschaftet“, also zentral bestimmt, so beispielsweise bezüglich Steuer-, Währungs- und Notenbankpolitik, Aussen- und Sicherheitspolitik, Sozialpolitik, Asyl- und Ausländerfragen oder Landwirtschaft. Die Macht würde vom Schweizer Volk zu Funktionären, Technokraten und Bürokraten in Brüssel verschoben, denn es gelte: EU-Recht bricht Landesrecht! Unser Regierungssystem müsste völlig umgebaut werden, und wir würden Gefahr laufen, wie Oesterreich (wegen dessen demokratischer Regierungsbildung) boykottiert und unter Quarantäne gestellt zu werden.

Ein EU-Beitritt wäre aber auch aus wirtschafts- und währungspolitischer Sicht äusserst folgenschwer: Die Verdoppelung der Mehrwertsteuer auf mindestens 15% und der Anstieg der Steuerquote hätten für den Standort Schweiz schwere Wettbewerbsnachteile, mehr Arbeitslose und tiefere Löhne zur Folge. Die jährlichen Kosten von rund 5 Mrd. Franken würden jeden Schweizer Bürger mit 1000 Franken belasten. Wegen der Anpassung des schweizerischen an das 1,5-2% höhere europäische Zinsniveau würde die jährliche Zinsbelastung um rund 15 Mrd Franken steigen.

Massive Mietzinserhöhungen um 20%, die Preisgabe des starken Frankens zugunsten des schwindsüchtigen Euro, die milliardenschwere EU-Korruption, an welche die Schweiz mitzahlen hätte, die Preisgabe des Bankkundenheimnisses und des effizienten Steuerwettbewerbs infolge der EU-Steuerharmonisierung: All dies wäre ebenso folgenschwer für unser Land. Deshalb sind laut Blocher am 4. März die folgenden Fragen zu beantworten: „Wollen Sie unsere über hunderte von Jahren gewachsenen Freiheitsrechte und die direkte Demokratie in den wesentlichen Dingen preisgeben? Wollen Sie 20% höhere Mietzinsen und eine verdoppelte Mehrwertsteuer von mindestens 15% zahlen und jährlich 5 Mrd Franken nach Brüssel senden?“

„Weder im Regen noch in der Traufe stehen“

Nationalrat Hans Fehr stellte in Anbetracht der schweren Nachteile und Belastungen eines EU-Beitritts fest: „Ein Beitritt zur heutigen EU kann nicht in Frage kommen. Ein Beitritt zur „osterweiterten, reformierten“ EU hiesse gar, vom Regen in die Traufe zu kommen!“

So habe der Gipfel von Nizza im Dezember 2000 die Macht der Grossen (Deutschland, Frankreich, Italien, England) zulasten der Kleinen ausgebaut. Die Grossen könnten missliebige Entscheide jederzeit blockieren und zudem ihre Sonderrechte behalten. Im weiteren würde der „Superstaat EU“ mit eigener Verfassung und einem EU-Präsidenten die Schweiz zu einer unmündigen EU-Region verkümmern lassen, und zudem werde das Euro-Debakel durch die Osterweiterung massiv verschärft.

Ebenso warnte Fehr vor „freier Fahrt für Kriminelle, organisierte Verbrecher, Waffenschieber, Drogenhändler und Schlepperbanden“, wenn die Schweiz Teil des „Schengenraums“ werde, weil dazumal keine Kontrollen an der Schweizer Grenze mehr stattfinden würden. Die Osterweiterung und die von Polen bereits geforderte „löcherige“ Ostgrenze zu Weissrussland, zur Ukraine und zu weiteren Ostgebieten würden den Kriminaltourismus zusätzlich massiv verschärfen.

Dazu kommt laut Fehr, dass die schweizerische Landwirtschaft in der osterweiterten EU dem Ruin geweiht wäre, weil unser Land mit Billigstprodukten aus den riesigen Landwirtschaftsflächen des Ostens überschwemmt würde.

Nein zum „gerupften, geschröpften, gefesselten EU-Huhn Schweiz!“

Werner Gartenmann präsentierte sodann die Abstimmungskampagne der AUNS, welche die Botschaft „Ärmer werden, Freiheit verlieren? – Nein zum EU-Beitritt!“ mit Plakaten, Inseraten und Flugblättern übermittelt. Als Illustration dient ein von der EU gerupftes, geschröpftes und gefesseltes (dummes?) Huhn. Und genau vor diesem Schicksal soll die Schweiz mit einem Nein zur EU-Beitrittsinitiative am 4. März bewahrt werden!

AUNS - Pressekonferenz, 26.1.2001

Ärmer werden, Freiheit verlieren? Nein zur EU-Beitrittsinitiative!

von

Nationalrat Dr. Christoph Blocher, Präsident der AUNS

Die Verhinderung eines EU-Beitritts der Schweiz ist eine der zentralen Aufgaben der AUNS, denn ein EU-Beitritt beseitigt weitgehend die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie und die Neutralität unseres Landes. Die Schweizerinnen und Schweizer würden an Freiheit verlieren, und sie würden ärmer.

Die Volksinitiative „Ja zu Europa“, über welche Volk und Stände am 4. März 2001 abzustimmen haben, verlangt, dass der Bundesrat „ohne Verzug“ Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnimmt. **Wer unverzüglich Beitrittsverhandlungen fordert, der will in die EU.** Ein Ja zu dieser Initiative ist ein Ja zum EU-Beitritt. Darum hat die AUNS gegen diese Initiative anzutreten.

Die entscheidende Frage lautet: **Wollen wir unsere Freiheit, die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie, die dauernde, bewaffnete Neutralität und den Wohlstand verlieren – und dafür auch noch Milliarden bezahlen?**

EU-Beitritt heisst: Freiheit verlieren!

Laut Romano Prodi, Präsident der EU-Kommission, soll die EU zu „einer echten Grossmacht zusammenwachsen“. Nur wenn Europa mit einer Stimme spreche, könne der Kontinent sowohl politisch als auch wirtschaftlich seine Rolle als Grossmacht spielen. Ein solcher Grossmacht-Ehrgeiz widerspricht dem freiheitlichen, direktdemokratischen, föderalistischen Wesen des Kleinstaates Schweiz zutiefst. Wer sich einer solchen Grossmacht anschliesst, gibt die Schweiz auf.

Je mehr von EU-Befürworterseite die angeblichen „Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte“ beschworen werden, desto mehr bewegt sich der zentralistische EU-Apparat in die Gegenrichtung. Immer mehr nationale Bereiche werden „vergemeinschaftet“, d.h. in Brüssel zentral bestimmt.

Die Schweiz, mit ihren weltweit einmaligen Volks- und Freiheitsrechten ein **Sonderfall**, hätte dabei besonders viel zu verlieren. In anderen Staaten verschiebt sich die Macht bei einem EU-Beitritt allenfalls vom eigenen Rathaus zum Rathaus in Brüssel.

In der Schweiz würde sich die **Macht vom Volk zu den Funktionären in Brüssel** verschieben!

In der EU gilt: **EU-Recht bricht Landesrecht**. Unsere direkte Demokratie mit dem Initiativ- und dem Referendumsrecht würde in allen von der EU geregelten Bereichen wirkungslos.

Es ist ein Unsinn, wenn behauptet wird, bei einem EU-Beitritt sei nur ein kleiner Prozentsatz von Volksabstimmungen nicht mehr gültig. Genau in den zentralen Bereichen – Steuern, Währungs- und Notenbankpolitik, Aussen- und Sicherheitspolitik, Sozialpolitik, Asyl- und Ausländerpolitik, Landwirtschaft etc. – hätte das Schweizer Volk nichts mehr zu sagen.

Bei einem EU-Beitritt müsste unser **schweizerisches Regierungssystem umgebaut** werden. Eine grosse Zahl zusätzlicher Fachminister oder Staatssekretäre wäre nötig, um die zahllosen Minister- und Fachministerkonferenzen abzudecken. Dies, obwohl das Schweizer Volk zusätzliche Staatssekretäre mit grossem Mehr abgelehnt hat!

In unglaublicher und skandalöser Weise haben sich die EU-Staaten in die demokratische Regierungsbildung ihres Mitgliedlandes Österreich eingemischt. **Österreich wurde boykottiert** und **unter Quarantäne** gestellt. Die Schweiz darf sich einem solchen Despotentum nicht ausliefern, damit wenigstens ein Fleck in Europa den Willen der Bürgerinnen und Bürger respektieren darf!

Ein Beitritt der Schweiz zur politischen Union der EU mit gemeinsamer Aussen- und Verteidigungspolitik macht die **Preisgabe unserer dauernden, bewaffneten Neutralität** unvermeidlich. Ein EU-Beitritt ist mit der schweizerischen Neutralität nicht vereinbar. Wir würden unserer hochmodernen Sicherheitsinstrumente verlieren und hätten weniger Sicherheit.

Ein EU-Beitritt kann nicht widerrufen werden. Der EU-Vertrag ist auf unbegrenzte Dauer vorgesehen und **kennt keine Austrittsklausel**. Ein EU-Beitritt würde unsern Kindern und künftigen Generationen die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Selbstbestimmung in zentralen Bereichen unwiderruflich wegnehmen.

Haben unsere Vorfahren umsonst während Hunderten von Jahren für die Freiheit und für die Loslösung der Schweiz von fremden Vögten und europäischen Grossreichen gekämpft?

EU-Beitritt heisst: Ärmer werden!

Auch aus wirtschafts- und währungspolitischer Sicht wäre ein EU-Beitritt für unser Land fatal. Der schweizerische Wirtschafts- und Finanzplatz würde massiv geschwächt. Das haben auch Unternehmer und Wirtschaftsverbände erkannt.

Die mindestens doppelte **Mehrwertsteuer von 15 Prozent**, welche die EU vorschreibt, würde unsere Güter, den Tourismus und die Lebenshaltungskosten massiv verteuern. Der zwangsläufige **Anstieg der Steuerquote** hätte für den Standort Schweiz **schwere Nachteile, verschlechterte Wettbewerbsbedingungen und damit mehr Arbeitslose** zur Folge. Die Arbeitslosigkeit würde auf EU-Niveau ansteigen, und die Löhne würden sinken.

Zudem rechnet der Bundesrat im Fall eines EU-Beitritts mit **jährlichen Kosten von rund 5 Milliarden Franken**. Das sind Bruttokosten von gegen 1000 Franken pro Schweizer Bürger, und im Fall der EU-Osterweiterung noch wesentlich mehr.

Dazu kommen die gewaltigen Auswirkungen der **unvermeidlichen Anpassung des schweizerischen ans europäische Zinsniveau**, welche der Bundesrat im „Integrationsbericht 1999“ nicht einmal erwähnt. So wären die Schuldzinsen in der Schweiz je nach Wirtschaftslage um 1,5 – 2% höher. **Die Zinsbelastung für die gesamte staatliche und private Schuldenlast der Schweiz von insgesamt gegen 1000 Milliarden Franken würde dadurch um 15 Milliarden Franken pro Jahr ansteigen**. Wir alle, die Steuerzahler von Bund, Kantonen und Gemeinden – aber auch alle privaten Schuldner, vor allem die Wirtschaft und Hypothekarschuldner – hätten diese Kosten zu zahlen.

Der Zinsanstieg hätte im weiteren zur Folge, dass die Mietzinsen massiv ansteigen würden. Beispiel: Ein Anstieg von 4 auf 6% hätte eine **Mietzinserhöhung von 22%** zu Folge.

Der starke Schweizer Franken würde durch den schwachen Euro ersetzt. Obwohl die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Einführung des Euro schlecht waren, wurde er über die Köpfe der Bürger und der Wirtschaft hinweg politisch verordnet. Die Tatsache, dass sehr unterschiedliche Volkswirtschaften unter einen Hut gezwängt werden und die Ungereimtheiten, mit denen die Konvergenzkriterien umgangen werden, zeitigen ihre Folgen. Die einst hochgejubelte EU-Währung hat seit ihrer Einführung stark an Wert verloren.

Die Schweiz müsste diese Praktiken als Nettozahlerin und „Milchkuh“ der EU auch noch subventionieren. Und wir hätten auch die **milliardenschwere Korruption**, die in der fast unkontrollierbaren Grosskonstruktion der EU unausrottbar scheint, mitzahlen.

Die Schweiz könnte **keine eigenständige Währungs- und Notenbankpolitik** mehr machen. Sie könnte nicht mehr in die Zinspolitik eingreifen und weder die Konjunktur noch die Inflation beeinflussen.

Auch das für unseren Finanz- und Bankenplatz zentrale **Bankkundengeheimnis müsste preisgegeben werden**. Und wir würden der **Steuerharmonisierung** der EU unterworfen, wodurch der äusserst effiziente Steuerwettbewerb verschiedener Gemeinwesen beseitigt würde.

Die zentralen Fragen am 4. März 2001

Am 4. März geht es um unsere **Freiheit**, die **Unabhängigkeit** und die **direkte Demokratie**. Dabei sind die folgenden Fragen zu beantworten:

- Wollen Sie die über Jahrhunderte gewachsenen **schweizerischen Freiheitsrechte untergraben lassen ?**
- Wollen Sie auf die direkte Demokratie in den wesentlichen Dingen verzichten?

- Wollen Sie, dass über Ihren Kopf hinweg irgendwelche Verordnungen und Dekrete erlassen werden, welche dann auch Sie treffen?
- Wollen Sie immer mehr Staat?
- Wollen Sie, dass über den wohltonenden Begriff „Steuerharmonisierung“ der äusserst effiziente **Steuerwettbewerb** verschiedener Gemeinwesen **beseitigt** wird?
- Wollen Sie jedes Jahr **5-7 Milliarden Franken, also 10% des heutigen Bundesbudgets, nach Brüssel senden?**
- Wollen sie um 10% höhere Bundessteuern bezahlen?
- Wollen Sie **mindestens 15% Mehrwertsteuer** bezahlen, also das Doppelte von heute?
- Wollen sie auf den starken Schweizer Franken zugunsten des schwind-süchtigen Euro verzichten?
- Wollen Sie eine **gigantische Umverteilung und Korruption** mitfinanzieren?
- Wollen Sie 2% höhere Schuld- und Hypothekarzinsen bezahlen?
- Wollen Sie **20% höhere Mietzinsen** bezahlen?
- Wollen Sie eine Aussen- und Verteidigungspolitik nachvollziehen, die von Deutschland und Frankreich bestimmt wird?
- Wollen Sie Schweizer Politiker, Beamte, Technokraten und Diplomaten, die sich lieber im Brüsseler Scheinwerferlicht sonnen, statt die Interessen des Volkes zu vertreten?

Das wäre die bittere Realität:

Die Schweizerinnen und Schweizer würden bei einem EU-Beitritt ärmer, und sie würden an Freiheit verlieren.

Unsere Antwort am 4.März 2001 heisst nein zum EU-Beitritt. Wir sagen damit ja zu einer freiheitlichen, prosperierenden Schweiz, in der auch unsere Jungen eine Chance und eine sichere Zukunft haben.

AUNS-Pressekonferenz, 26.1.2001

Beitritt zur „osterweiterten und reformierten“ EU: Vom Regen in die Traufe!

von

Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer AUNS

Der AUNS-Präsident hat die schwerwiegenden Nachteile und Belastungen eines Beitrittes der Schweiz zur EU, wie sie sich **heute** präsentieren, umfassend dargelegt. Nachdem verschiedene Zielsetzungen und Beschlüsse über die „osterweiterte, reformierte“ **EU von morgen** vorliegen, stellt sich die Frage: Würde es uns in der „EU von morgen“ besser gehen?

Das Gegenteil zeichnet sich ab! Wir kämen gar **vom Regen in die Traufe**, und zwar aus den folgenden Gründen:

Nizza: Weniger Einfluss für die Kleinen

Im Hinblick auf die Osterweiterung von heute 15 auf 27 (inkl. Türkei 28) Staaten, soll die EU mit einer umfassenden Strukturreform regierungs- und handlungsfähig gemacht bzw. erhalten werden. Der beinahe gescheiterte Gipfel in Nizza im Dezember 2000 hat sich nur mit grösster Mühe einstweilen auf die folgenden Reformpunkte geeinigt:

1. Deutschland hat im Ministerrat künftig das gleiche Stimmengewicht wie die andern drei „Grossen“ Frankreich, Italien und Grossbritannien. Ein Entschcheid ist aber nur gültig, wenn die Bevölkerungszahl der zustimmenden Länder 62% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Dies erlaubt den Grossen, missliebige Entscheide zu blockieren.
2. Die vier Grossen verzichten auf ihren 2. Sitz in der Kommission, und jedes neue Mitglied bekommt künftig einen Kommissionssitz. Wenn 27 Kommissare erreicht sind, soll jedoch über eine Verkleinerung zulasten der Kleinen entschieden werden. Konsequenz: Die Schweiz bekäme keinen Sitz.
3. Für rund die Hälfte der Politikbereiche gilt künftig nicht mehr das Einstimmigkeitsprinzip sondern das Mehrheitsprinzip. In zentralen Bereichen wie Steuerrecht oder Asylrecht gilt für die Grossen weiterhin das Vetorecht.

Fazit: Die Grossen haben ihre Macht (durch den Ministerrat, der im wesentlichen das Sagen hat), insgesamt ausgebaut. Zudem gelten weiterhin Sonderinteressen für die Grossen, so beispielsweise das Veto Grossbritanniens in allen Fiskal- und Sozialfragen.

können. Diese Produkte werden voraussichtlich auch die Schweiz überschwemmen, mit verheerenden Folgen für unsere Landwirtschaft.

Darum: EU-Beitritt nein. Wir wollen nicht im Regen stehen und schon gar nicht in die Traufe kommen!

AUNS-Pressekonferenz, 26.1.2001

Die Abstimmungskampagne der AUNS

Werner Gartenmann, stv. Geschäftsführer der AUNS

1. Unsere Kampagne sagt nein zum EU-Beitritt. Sie zeigt die schwerwiegenden Konsequenzen eines Beitritts für jeden einzelnen Bürger und für das ganze Land auf: Die Schweizerinnen und Schweizer würden **ärmer**, und sie würden ihre **Freiheit verlieren**.
2. Die Zeit für eine Kampagne ist kurz. Wir konzentrieren uns auf die folgenden Massnahmen:
 - Die heutige **Pressekonferenz** ist der Startschuss der Kampagne.
 - Gesamtschweizerische **Inseratekampagne** und **Plakataushang**
 - **Flugblatt-Verteilung** durch AUNS-Stützpunkte (Briefkästen und Strassen-Aktionen)
 - Verteilung **Kleber**
 - Diverse **Veranstaltungen**
3. Präsentation der Werbemittel und Hinweise zur Stossrichtung und zur Illustration (Die Schweiz würde in der EU zum gerupften, geschöpften und rechtlosen Huhn)